

STUTTGARTER ZEITUNG

Erweiterung auf der Kippe

Frauenhaus in Ludwigsburg: Zeit läuft ab

29.03.2023 - 17:25 Uhr

Die Reservierungszeit für das Gebäude, das der Verein Frauen für Frauen in Ludwigsburg zu einem zweiten Frauenhaus umbauen könnte, läuft ab. Ein Info über die schon lange beantragten Fördermittel gab es immer noch nicht.



Susanne Mathes

Bis Ende März wird dem Verein Frauen für Frauen ein Gebäude für ein zweites Frauenhaus freigehalten. Doch trotz mehrmaligen Nachfragens, ob er mit den dafür nötigen, vor fast einem Jahr beantragten Fördermitteln für den Umbau rechnen könne, bekam der Verein bisher keine Rückmeldung zu seinem Förderantrag. Auch die Ludwigsburger Bundestagsabgeordneten, die sich wegen der drängenden Zeit eingeschaltet hatten, bekamen keine zufriedenstellende Resonanz: Er habe beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend nach mehrfachen unbeantworteten Nachfragen und Hinweisen auf die Dringlichkeit mit Hilfe des parlamentarischen Mittels der Schriftlichen Frage eine Antwort erzwungen, erklärt etwa der Abgeordnete Steffen Bilger (CDU), doch selbst in dieser sei das Ministerium „maximal unkonkret“ geblieben.

Die Erweiterung des Frauenhauses stehe daher weiter auf der Kippe. „Ohne den zeitlichen Aspekt stünden die Chancen aus meiner Sicht nicht schlecht, das Land Baden-Württemberg befürwortet das Projekt, hat es mit Priorität eins versehen und stellt finanzielle Mittel bereit“, so Bilger. Frauen für Frauen hat zu Wochenbeginn ebenfalls noch einmal an das Ministerium geschrieben. Trotz der Ankündigung, bis Ende März sollten Gespräche stattfinden, sei „niemand von Seiten des Bundes bezüglich eines Gespräches über die Notwendigkeit und Dringlichkeit auf uns zu gekommen“, heißt es in dem Brief. „Wir haben viel Hoffnung und Vorarbeit in die Projektplanung gesteckt und sind sehr enttäuscht, dass nichts vorangeht.“ Der Verein will jetzt in der Hoffnung, dass die Frist noch einmal verlängert wird, auf den Eigentümer des Gebäudes zugehen. Auf eine Presseanfrage zu dem Thema reagierte das Bundesministerium am Mittwoch nicht.